

## Rede von Frank Kuschel 24.06.2016 (Plenarprotokoll 6/54)

### Stärkung der kommunalen Finanzkraft und Selbstverwaltung – Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich revidieren

Zum Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 6/2004 Neufassung

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Mohring hat hier jetzt wieder eine hohe Schule des Populismus an den Tag gelegt.

*(Zwischenruf Abg. Holzapfel, CDU: Ihr wollt alles besser machen!)*

*(Unruhe CDU)*

Darauf werde ich noch mal eingehen. Kein Konzept für dieses Land zu haben – Wenn man das hat, dann bedient man sich tatsächlich des Instruments der Falschdarstellung. Und das machen Sie, darauf werde ich noch mal eingehen. Aber ich will erst mal zu Herrn Kowalleck kommen. Herr Kowalleck, wenn Sie hier den Bericht des Landesrechnungshofs heranziehen, dann müssen Sie aber noch mal betonen, dass der Bericht des Landesrechnungshofs 2016 den Haushaltsvollzug 2014 zum Gegenstand hat.

*(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

2014 hat die CDU elf Monate regiert. Sicherlich beinhaltet dieser Bericht auch Hinweise zur aktuellen Finanzsituation, aber alle Verfehlungen beim Haushaltsvollzug betreffen die CDU, meine Damen und Herren.

*(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU: Doppelhaushalt!)*

*(Beifall DIE LINKE)*

*(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU: Dann lesen Sie mal den Jahresbericht!)*

Und Sie müssen auch mal Ordnung in Ihre Argumentationslinie bringen. Sie kritisieren, dass Rot-Rot-Grün den Haushalt aufbläht und fordern aber heute hier weitere 90 Millionen Euro Landesausgaben. Das funktioniert doch nicht. Also, entweder sagen Sie, dass der Schwerpunkt auf der Konsolidierung des Landeshaushalts liegt. Dann müssen wir auch harte Kante gegenüber den Kommunen an den Tag legen. Oder wir sagen, wir nutzen die gegenwärtige Konjunktur. Und ich darf noch mal darauf verweisen, der Landeshaushalt ist höher dotiert, aber ohne, ohne Verschuldung. Ohne zusätzliche Verschuldung. Das war in Ihren Zeiten, als Sie regiert haben, offenbar nicht der Fall, sonst hätten wir jetzt keine 15,5 Milliarden Euro Schulden.

*(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE)*

Also auch das ist nicht ganz in Ordnung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch mal der Kommunale Finanzausgleich, das sagt schon der Name, ist ein Ausgleichssystem und kein Alimentationssystem. Ich hab immer so bei der CDU den Verdacht, dass irgendwann einmal eine Zahlung unter Bestandschutz steht und nur noch Aufwüchse da sein dürfen. Aber das Verfassungsgericht hat uns 2005 Vorgaben gemacht. Diese Vorgaben heißen, der Finanzausgleich ist bedarfsorientiert und zwar unabhängig von der Leistungskraft des Landeshaushaltes. Das schließt aber zum Beispiel ein, dass das Land von der kommunalen Ebene die Ausschöpfung aller Einnahmemöglichkeiten verlangen kann und das die kommunale Struktur natürlich auch so gestaltet sein muss, dass diese finanzielle Leistungskraft da ist. Wir sind nicht verpflichtet, eine unwirtschaftliche, ineffiziente Struktur dauerhaft zu alimentieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und unbestritten hat Rot-Rot-Grün erkannt, dass wir in drei Teilbereichen dem Finanzausgleich 2016 nachjustieren müssen, weil Entwicklungen eingetreten sind, die vor Monaten noch unvorstellbar waren. Ja, wir haben den Landeshaushalt zu einer Zeit und damit auch den Kommunalen Finanzausgleich verabschiedet, als wir vor einer hohen Herausforderung der Bewältigung der Flüchtlingsunterbringung und Integration standen. Keiner konnte mit Bestimmtheit sagen, wie sich das verstetigt und wie sich das gestaltet. Die Kommunen haben einen hohen Betrag geleistet, auch die Landesbehörden. Wir haben im Landeshaushalt ausreichend fiskalische Vorkehrungen getroffen. Jetzt haben wir eine neue Herausforderung, nämlich, dass zu wenig Flüchtlinge kommen. Es sind aber Ressourcen, Kapazitäten geschaffen worden. So und die müssen wir bei den Kommunen abbilden. Und deshalb hat die Landesregierung zurecht gesagt, wir müssen in drei Punkten insgesamt nachjustieren. Der erste Punkt sind die Vorhaltekosten, die einige Kommunen haben für die Flüchtlingsintegration. Das Zweite ist die Übernahme von Kindertagesstättengebühren insgesamt. Da konnten wir die Entwicklung so nicht prognostizieren. Und das Dritte ist auch die Übernahme von kommunalen Anteilen bei den Kosten der Unterkunft in dem Bereich SGB II. Und das werden wir tun, meine sehr geehrten Damen und Herren.

*(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD. Es werden immer mehr Kosten aufgebürdet!)*

Jetzt wird hier immer von einer Haushaltskrise der Kommunen gesprochen. Auch da ist doch die CDU völlig widersprüchlich. Wenn ich noch einmal an die gestrige Debatte erinnern darf. Da wurde ein Bild gekennzeichnet, dass wir auf der kommunalen Ebene überhaupt nichts verändern müssen, weil alles in Ordnung ist. Angeblich haben wir leistungsfähige Strukturen. Was ist denn jetzt? Warum denn dann jetzt einen Antrag auf ein weiteres Hilfspaket? Also offenbar kommt selbst die CDU zu der Erkenntnis, dass nicht bei allen Kommunen die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit dauerhaft gewährleistet ist.

Da will ich Ihnen noch einmal das sagen. Von den 13 Flächenbundesländern haben die Thüringer Kommunen immer noch

*(Unruhe CDU)*

eines der geringsten eigenen Steuerkräfte. Die kommunale Steuerkraft liegt bei gerade mal 24 Prozent. Das heißt, nur 24 Prozent der Einnahmen können die Kommunen aus eigenem Steueraufkommen generieren. Das hat etwas mit der Struktur mit der kommunalen Steuern zu tun. Das können also die Kommunen nicht alles beeinflussen. Aber es hat auch was mit der Struktur der Kommunen zu tun. Wie will denn eine Verwaltungsgemeinschaft, die von Herrn Fiedler mit 22 Mitgliedsgemeinden, wo 23 Haushaltspläne zu bewirtschaften sind, eine Kämmerei mit zweieinhalb Vollbeschäftigteneinheiten, wie sollen die sich denn darum kümmern, dass zum Beispiel wie im Bereich Grundsteuer B und Gewerbesteuer ein ständiger Informationsaustausch mit der Grundsteuerstelle des Finanzamtes erfolgt, um bauliche Veränderungen zeitnah einzutragen. Das die Zerlegungsprobleme der Gewerbesteuer nun endlich in den Griff bekommen werden.

*(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Das klappt doch alles nicht!)*

Von daher ist aus dieser Struktur heraus, das ist eine Ursache, dass wir keine Steuergerechtigkeit haben, weil innerhalb einer Kommune differiert zur Zeit die Grundsteuer B um bis zu 400 Prozent. Weil ein Teil der Bestandsgrundstücke immer noch nach dem Einheitswert von 1935 besteuert werden. Von 1935! Das bekommen die kleinen Gemeinden nicht in den Griff.

*(Unruhe CDU)*

Von daher, meine Damen und Herren, 60 Prozent der kommunalen Einnahmen sind Landeszuweisungen. Da kann man kaum noch von Selbstverwaltung reden. Da müssen wir ran, deswegen brauchen wir andere Strukturen.

*(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Daher wollen Sie die Grundsteuer erhöhen!)*

Da helfen Hilfspakete letztlich immer nur temporär. Sie wollen mit Hilfspaketen genau das machen, was wir gestern thematisiert haben, Sie wollen weiter Kontrolle ausüben und wollen gar keine Selbstverwaltung im klassischen Sinne.

*(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Da lache ich mich kaputt!)*

Wenn Sie das nämlich wollten, würden Sie die Kommunen aus dieser finanziellen Abhängigkeit des Landes schrittweise entlassen und nicht weitere Gelder immer nur vom Land fordern, sondern eigene Leistungskraft.

Meine Damen und Herren, jetzt hat hier der Fraktionsvorsitzende der größten Oppositionspartei, der immer noch quäkt, weil er da sitzen muss, hier versucht, darzulegen, als hätte Rot-Rot-Grün den Finanzausgleich 2016 nach Parteibuch ausgestaltet.

*(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Ja!)*

Nein, wir haben Verwerfungen, die Sie 2013 eingeführt haben, in Ansätzen korrigiert.

*(Unruhe CDU)*

Der Finanzausgleich soll unterschiedliche Finanzbelastungen der Kommunen im Rahmen des horizontalen Finanzausgleichs ausgleichen und das haben wir gemacht. Die Belastungen der Kommunen sind unterschiedlich. Deswegen haben wir nachjustiert. Was Herr Mohring hier dargestellt hat, sind ja die Veränderungen bei der Schlüsselzuweisung infolge eines neuen Sozialansatzes. Das haben wir darauf abgestellt, weil wir Verwerfungen hatten, weil bestimmte Landkreise, gemessen an den Sozialkosten, bei den Schlüsselzuweisungen überbewertet waren, während die anderen hohe Sozialkosten hatten, die nicht Berücksichtigung fanden.

*(Beifall DIE LINKE)*

Deswegen haben wir den Sozialhilfesatz von 8 auf 14 Einwohner pro Bedarfsgemeinschaft angehoben. Das hat zu einer Verschiebung geführt, dass von den 23 Gebietskörperschaften 11 mehr Geld bekommen haben, weil sie höhere Sozialkosten hatten.

*(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Das sind die sechs kreisfreien Städte und wenn Sie die Landkreise mal durchgehen, sind das immer die Landkreise mit der höchsten Langzeitarbeitslosigkeit: Kyffhäuserkreis, Altenburger Land, der Ilm-Kreis ist genau immer dazwischen, deswegen ist es dort fast aufkommensneutral, Unstrut-Hainich-Kreis. Das sind immer die Kreise mit der höchsten Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit. Das spiegelt sich zum Schluss im Hartz-IV-System wider und deswegen ist es doch nur sachgerecht, dass wir das ausgleichen, dass die, die höhere Sozialkosten haben, auch einen höheren Anteil an Landeszuweisungen bekommen. Jetzt ist klar, der ländliche Raum, was hier benannt wurde, wie Hildburghausen, Sonneberg und dergleichen, Wartburgkreis, Schmalkalden-Meiningen, die haben gemessen an den anderen Landkreisen unterdurchschnittliche Sozialkosten im Bereich SGB II. Deshalb ist dieser Ausgleich sachgerecht und hat nichts mit einem Parteibuch zu tun. Sie müssen sich ja fragen, warum Sie in den Gebietskörperschaften, wo eine hohe soziale Differenzierung da ist, keinen Fuß mehr in die Tür bekommen in die Rathäuser und Landratsämter. Das ist doch die Ursache.

*(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Das haben die Wählerinnen und Wähler entschieden, die offenbar in Linke- und SPD-Bürgermeister und -Landräte dort in der Frage, wenn es soziale Differenzierung gibt, ein höheres Vertrauen hat als an Sie, weil Sie nur Klientelpolitik machen,

*(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Laber doch nicht!)*

während wir für den sozialen Ausgleich in diesem Lande sorgen.

*(Heiterkeit CDU)*

*(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben seit 20 Jahren die 17 Kurorte in diesem Land im Regen stehen lassen. Das hat dazu geführt, dass selbst in Bad Liebenstein, einer der wichtigsten Kurorte, dort fördern Sie ein Kurmittelhaus und nach zwei Jahren musste die Gemeinde es schließen, weil sie es nicht bewirtschaften konnte. Das haben wir jetzt geändert. Zum ersten Mal hat Masserberg wieder einen ausgeglichenen Haushalt,

*(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

weil wir die Kurkostenaufwendungen, die doch da sind, abgebildet haben. Es ist ein Ausgleichsmechanismus innerhalb des horizontalen Finanzausgleichs.

*(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Wer hat´s gemacht?)*

*Zwischenruf Abg. Mühlbauer, SPD: Wir haben´s gemacht!)*

Wer hat´s gemacht? Rot-Rot-Grün hat´s gemacht.

*(Beifall SPD)*

Und die SPD hat es vorgeschlagen. Wir haben es schon immer gefordert, aber in der konkreten Situation hat es die SPD vorgeschlagen und das ist vernünftig. Wir leben davon, dass alle drei Partner vernünftige Vorschläge machen und wir uns dann einigen.

*(Beifall DIE LINKE)*

So ist das ja in einer ordentlichen Dreierbeziehung. Ich finde Dreierbeziehungen durchaus spannend –

*(Heiterkeit DIE LINKE)*

manchmal aufwendig von der Koordination, aber ...

*(Unruhe CDU)*

*(Zwischenruf Abg. Liebetrau, CDU: Gehen Sie hin und fragen Sie mal!)*

Meine Damen und Herren, wir haben den Gemeinden auch geholfen bei der Bewältigung der Herausforderung, den Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz tatsächlich zu sichern. Das haben Sie nicht mal ansatzweise auf die Reihe bekommen. Wir haben deshalb den Kinderansatz von 4,5 auf 6,7 erhöht und wir haben die besonderen Finanzaufwendungen für die unter 3-Jährigen nach gesetztem Platz von 270 auf 290 Euro erhöht und für die über 3-Jährigen von 130 auf 140 Euro im Monat und haben die Verrechnung zwischen Wohnsitzgemeinde und Kita-Gemeinde von 70 auf 80 Prozent erhöht. All diese Dinge haben dazu geführt, dass der Bereich Kindertagesstätten inzwischen als ausfinanziert gilt. Das haben Sie nicht hinbekommen. Und auch das ist ein Element des horizontalen Finanzausgleichs.

Also lassen Sie hier den Versuch, Rot-Rot-Grün den Vorwurf zu machen, diese Ausgleichsmechanismen hätten irgendetwas mit dem Parteibuch des Bürgermeister oder

des Landrats zu tun. Das ist hilflos, denn Sie haben kein Gegenkonzept. Wo ist denn Ihr Gegenkonzept?

*(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Ihr Gegenkonzept ist: Wir verharren in Strukturen, die völlig unwirtschaftlich sind. Jetzt will ich das mal sagen, was Ihr Hilfspaket, was Sie hier beantragt haben, für eine Wirkung erzielt. Sie wollen den kreisangehörigen Gemeinden, kreisfreien Städten usw. 34,16 Euro pro Einwohner zusätzlich zur Verfügung stellen. Von den 843 kreisangehörigen Gemeinden haben 571 weniger als 1.000 Einwohner, fast 400 haben weniger als 500 Einwohner. Welche Wirkung erzielt das? Das heißt, bei über der Hälfte, zwei Drittel der Gemeinden kommen weniger als 30.000 Euro an. Das ist das, was ich beschreibe: Fenster auf und raus. So gehen Sie mit Steuergeldern um.

**Vizepräsident Höhn:**

Herr Kollege, das war ein gutes Schlusswort jetzt.

**Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:**

Danke, Herr Präsident.

*(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*